

## Gewerkschaften für Vielfalt im Beruf

### Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender erleben immer noch Benachteiligung im Arbeitsalltag

Trotz rechtlicher Gleichstellung in wichtigen Lebensbereichen erleben viele Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans\* (LSBT) in ihrem Arbeitsalltag immer noch Diskriminierungen. Nach einer Studie über „Sexuelle Identität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz“ sehen sich 77 Prozent der Lesben und Schwulen verschiedensten Formen von Diskriminierung ausgesetzt; und das, obwohl sich die gesellschaftlichen Rahmen-

Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zu schaffen. Als Umsetzungsschritt der Richtlinie in Deutschland wurde schließlich im August 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verabschiedet. Mit dem AGG besteht seitdem ein umfassendes arbeitsrechtliches Benachteiligungsverbot, das auch die Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung umfasst. Damit ist die rechtliche Gleichstellung inzwischen auch in der Ar-

strukturell und zum Teil sehr subtil sind. Die in der Untersuchung Befragten erlebten zum Beispiel Informations- und Kommunikationsausschluss, erhielten sinnlose Arbeitsaufträge, fühlten sich unsachgemäß kritisiert oder in ihrer beruflichen Karriereentwicklung behindert. Etwa 52 Prozent aller Schwulen und Lesben verschweigen daher ihre sexuelle Identität am Arbeitsplatz. Die Folge sind Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation und psychosomatische Beschwerden. Das Fazit der Studie ist deutlich: Wir brauchen ein erfolgreiches Diversity-Management in den Unternehmen und Betrieben. Dieser Aufgabe stellen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Gewerkschaften.

Im DGB Bezirk Berlin-Brandenburg gibt es seit einigen Jahren den bundesweit ersten „DGB-Antidiskriminierungsarbeitskreis LSBT“. Ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus der Region setzen sich hier für sexuelle Vielfalt in Schule, Ausbildung und Beruf ein. Wer sich gewerkschaftlich für die Gleichstellung im Arbeitsleben engagieren will, ist herzlich willkommen. Nähere Infos gibt es unter [www.dgb-queer.de](http://www.dgb-queer.de).



bedingungen in den letzten Jahrzehnten eigentlich grundlegend verbessert haben.

Die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist mit dem 2001 geschaffenen Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft einen großen Schritt vorangekommen. Eine EU-Richtlinie aus dem Jahre 2000 (2000/78/EG) verpflichtete die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Gesetze und Regelungen zur

beitswelt von Lesben und Schwulen angekommen. Doch wie kommt es, dass trotzdem immer noch so viele Homosexuelle Ausgrenzung und Diskriminierung im Beruf beklagen?

Jahrhunderte lange Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen wirken auch heute noch gesellschaftlich nach. Die formal rechtliche Gleichstellung ist daher nur ein erster Schritt. Die Studie „Sexuelle Identität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz“ zeigte auf, dass die Formen der Benachteiligungen in der Praxis



zur

#### Weitere gewerkschaftliche Gruppen:

[www.verdi-queer.de](http://www.verdi-queer.de)

[www.schwulelehrer.de](http://www.schwulelehrer.de)

[www.holebis.de](http://www.holebis.de)

[www.velspol.de](http://www.velspol.de)

# Gleichstellung weiterentwickeln

Die sexuelle Identität muss in den Gleichheitsrechten des Artikel 3 Grundgesetz aufgenommen werden

In der Freizeit, unter Freunden oder auch mal auf einer Demo ist das „Anderssein“ heute kein großes Problem mehr, vor allem nicht in Berlin. Aber auf der Arbeit ist es für viele nicht so leicht, sich zu outen. Gerade im Berufsleben ist die Angst vor Ausgrenzung groß.

Um die gesellschaftliche Gleichstellung von Homo- und Bisexuellen sowie Trans\* in allen Lebensbereichen voranzutreiben, muss der rechtliche Schutz vor Diskriminierung gestärkt werden. Der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz in Artikel 3 des Grundgesetzes schützt vor Diskriminierung u. a. wegen des Geschlechts, der Abstammung oder des Glaubens. Die „sexuelle Identität“ fehlt aber bei den Gleichheitsrechten immer noch. Wir fordern daher, den Katalog

der Gleichheitsrechte in Artikel 3 Grundgesetz um die „sexuelle Identität“ zu ergänzen.

Mit dem 2006 eingeführten Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\* (LSBT) ein gutes Stück vorangekommen. Dennoch gibt es immer noch viele offene Baustellen. So haben Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen, wie z. B. Schulen oder Krankenhäuser, oft eine schlechtere arbeitsrechtliche Position. Auch andere Personengruppen, wie zum Beispiel chronisch kranke Menschen, fallen nicht unter den gesetzlichen Diskriminierungsschutz des AGG. Auch hier müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Zwei wichtige Punkte sind daher u. a. die

Erweiterung des Diskriminierungsschutzes um das Merkmal „chronisch krank“ und die Einführung eines Verbandsklagerechts.

Auch in der Bildungspolitik müssen neue Impulse gesetzt werden, um einen selbstverständlichen, akzeptierenden Umgang mit homo- und trans\*sexuellen Jugendlichen zu erreichen.

Allerdings wird die Weiterentwicklung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsrechten in der Politik längst noch nicht von allen als notwendige Aufgabe gesehen. Wir müssen also den Druck auf die Politik weiter verstärken. Mit dem Christopher Street Day (CSD) können wir dafür genau das richtige Signal aussenden. Der DGB ist auch 2014 wieder bei Berlin CSD mit einem Wagen dabei •

# Bizarrer Streit um Schulbücher und Lehrpläne in Baden-Württemberg

Die GEW wirbt für altersangemessene und wertschätzende Darstellung von Vielfalt in Schulbüchern



Der Bruder der besten Freundin ist schwul, aber auf dem Schulhof ist schwul nur ein Schimpfwort. Eine Mitschülerin in der Klasse lebt in einer Regenbogenfamilie, doch manche finden das ungewöhnlich oder „irgendwie komisch“. Kinder und Jugendliche wollen sich frei entfalten, ohne Angst vor Ausgrenzung und Diskriminierung. Dazu gehört auch, dass sie die Vielfalt von Lebensformen kennenlernen, die es in der Gesellschaft gibt.



Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) macht sich deshalb stark für eine wertschätzende Darstellung von Vielfalt in

Schulbüchern und verbindliche Lerninhalte rund um Gender und Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans\*. In Schulbüchern finden Jugendliche bislang kaum Antworten auf mögliche Fragen. Die Schule muss aber in der Lage sein, dieses Defizit auszugleichen. Deshalb fordert die GEW, dass es entsprechende Unterrichtsmaterialien gibt und dass Lehrkräfte befähigt werden, über andere Lebensformen, aber auch über Sexualität zu sprechen.

Dagegen gibt es allerdings vor allem aus Baden-Württemberg heftigen Protest von strenggläubigen Evangelikalen und Katholiken. Kinder seien „unschuldig“, und Schule soll sie nicht „sexualisieren“. Sie fordern, dass Kinder und Jugendliche nicht zu früh über solche Themen sprechen sollten. Doch Kinder haben eine natürliche Neugierde, die nicht durch Zensur und Dogmen beschränkt werden sollte. Im Kindergarten und in der Schule muss daher altersangemessen auf Fragen reagiert werden.

Die GEW will Geschlechtergerechtigkeit erreichen und einseitige Zuordnungen aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung vermeiden. Jungen und Mädchen sollen sensibel in ihrer geschlechtlichen Sozialisation begleitet werden und ihren eigenen Weg gehen können. •





# Brandenburg hat die Wahl

## Queerpolitische Forderungen der Gewerkschaften zur Landtagswahl 2014 in Brandenburg

Wenn am 14. September 2014 in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt wird, stehen aus gewerkschaftlicher Sicht auch eine ganze Reihe queerpolitischer Forderungen mit zur Abstimmung. Gewerkschaften und queerpolitische Organisationen nutzen regelmäßig den Potsdamer Christopher Street Day (CSD), um die Politik auf die immer noch bestehenden Probleme und Missstände aufmerksam zu machen. Schon mehrfach gelang es so, Änderungen in der Gesetzgebung oder in der Landesförderung zu Gunsten von Lesben, Schwulen und Trans\* erfolgreich durchzusetzen.



Gewerkschafter Carsten Bock (ver.di) im Gespräch mit Minister Günter Baaske.

Für die Landtagswahl 2014 hat sich der LSBT-Arbeitskreis im DGB Bezirk Berlin-Brandenburg gemeinsam mit unseren Partnern, dem „Lesben- und Schwulenverband“ (LSVD) und dem „Bündnis Faires Brandenburg“, auf queerpolitische Forderungen für die nächste Legislaturperiode verständigt.

### Gleichheit in der Arbeitswelt und an Schulen

Eine wichtige Forderung an die künftige Landesregierung ist, über eine Bundesratsinitiative den Katalog der Gleichheitsrechte in Artikel 3 Grundgesetz um die „sexuelle Identität“ zu ergänzen. Außerdem wollen wir eine Abschaffung des Kirchensonderrechts bei arbeitsrechtlichen Kündigungen in Krankenhäusern und deren sozialen Einrichtungen erreichen. Auch in der Bildungspolitik müssen neue Impulse gesetzt werden, um einen akzeptierenden Umgang mit homo- und trans\*sexuellen Jugendlichen zu erreichen.



### Antidiskriminierung

Die Landesstelle für Chancengleichheit muss inhaltlich stärker auf die Belange von LSBT ausgerichtet werden. Eine bürgernahe Informations- und Beratungsstelle des Landes ist unverzichtbar, um Betroffene auch bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber zu unterstützen. Dafür ist eine bessere Personal- und Finanzausstattung dieser Stelle notwendig.

### Gewalt und Opferschutz

Gewalt und Diskriminierung im Alltag sind leider noch nicht überwunden. Wichtig sind deshalb Maßnahmen zur Bekämpfung von Homophobie im Alltag. Die besondere Situation von LSBT müssen in den Programmen zur Gewaltprävention und zur Opferhilfe ausdrücklich berücksichtigt werden.

### Regenbogenfamilien

Immer mehr Kinder wachsen in so genannten „Regenbogenfamilien“ auf. Im Alltag treffen sie aber oft auf Unsicherheit und Ablehnung. Es braucht ein stärkeres Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit „Regenbogenfamilien“ in den Institutionen der Familienhilfe oder im Familienalltag.

### Gesellschaftlicher Umgang mit HIV und AIDS

Menschen, die von HIV und AIDS bedroht oder betroffen sind, werden gesellschaftlich immer noch stigmatisiert und diskriminiert. Wir fordern Maßnahmen, um Entstigmatisierung der betroffenen Menschen zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitswelt, denn viele von HIV betroffene Menschen können und wollen weiterhin beruflich tätig sein. Außerdem müssen primär- und sekundärpräventive Angebote in Brandenburg mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, insbesondere für den Ausbau von Test- und Beratungsstellen.

### Aktionsplan gegen Homophobie und für Vielfalt

Um all diese Themen inhaltlich umzusetzen, muss auch für Brandenburg ein Aktionsplan gegen Homophobie, für Vielfalt und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\* geschaffen und vor allem mit Haushaltsmitteln des Landes finanziell abgesichert werden. •

# 40 Jahre LSBT-Arbeit der GEW in Berlin

**Detlef Mücke berichtet im Interview über die schwierigen Anfänge in der GEW und warum Gleichstellungspolitik bis heute wichtig bleibt**

Die schwule Lehrergruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin ist seit Jahren auf dem CSD mit ihren Luftballons „Cool, mein Lehrer ist schwul!“ sichtbar. Wann wart ihr das erste Mal auf einer Demo?

**Detlef Mücke:** Das war 1973 auf einer Pfingstdemo der „Homosexuellen Aktion Westberlin“ (HAW) in Berlin. Dort waren wir ca. 20 schwule Lehrer – aber versteckt unter einer weißen Kapuze, weil wir Angst hatten, erkannt zu werden (Abbildung unten).



Warum hattet ihr Angst?

**Detlef Mücke:** Angst vor einem Berufsverbot. Bis 1969, dem Jahr der Reform des § 175 StGB, wurde ein offen schwuler Lehrer aus dem Dienst entlassen. Aber auch noch 1974 gab es in Berlin den Versuch, einen schwulen Lehrer zu entlassen, nur weil er sich vor der Klasse outete. Wir organisierten mit Eltern und Schülerinnen und Schülern einen Protest. Der Kollege erhielt von der GEW Rechtsschutz und wurde wieder eingestellt. Aber auch noch 1977 äußerte ein Schulrat in Berlin-Kreuzberg: „Neben der Homosexualität ist es das schwerste Verbrechen eines Lehrers, einseitig zu sein.“

Wie habt ihr euch gegen diese Vorurteile gewehrt?

**Detlef Mücke:** Uns war klar, dass wir als kleine HAW-

Pädagogengruppe sehr schwach sind. Wir brauchten einen starken Bündnispartner und das war die GEW. Wir wollten nicht nur kollegiale und rechtliche Unterstützung gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz durch den Staat, sondern auch Einfluss nehmen auf die Bildungsinhalte in der Sexualerziehung.

Und seid ihr mit offenen Armen empfangen worden?

**Detlef Mücke:** Teils, teils. Die jüngeren Mitglieder unterstützten uns; es gab ja auch Berufsverbote für Lehrkräfte aus politischen Gründen, gegen die die GEW sich wehrte. Ältere Mitglieder sagten, Homosexualität sei Privatsache und habe in einer Gewerkschaft nichts zu suchen. Manche traten deshalb aus, als wir 1978 die „AG schwuler Lehrer in der GEW BERLIN“ gründeten.

Wie reagierte die Senatsverwaltung für Bildung?

**Detlef Mücke:** Wir sind in die Offensive gegangen und haben ein Gespräch mit dem Schulsenator geführt. Wir wollten die rechtliche Situation des schwulen Lehrers klären und die Rahmenpläne ändern. Dort wurde unter „besondere Formen geschlechtlichen Verhaltens“ Homosexualität in einem Atemzug mit Sodomie, Gruppensexualität, Päderastie, Geschlechtsverkehr gegen die Einwilligung des Partners, Sadismus und Masochismus aufgeführt.

Und wart ihr erfolgreich?

**Detlef Mücke:** Ja, es wurde schriftlich zugesichert, dass das Bekanntwerden der Homosexualität eines Lehrers kein Anlass für dienstrechtliches Vorgehen sei. Auch die Rahmenpläne wurden positiv verändert. Alle unsere Initiativen und deren Ergebnisse wurden auf acht rosa Seiten in der Berliner Lehrerzeitung der GEW veröffentlicht. Das gab uns großen Rückhalt

Von wem habt ihr Unterstützung erfahren?

**Detlef Mücke:** Ziemlich zeitgleich hatten sich in der damaligen ÖTV Kolleginnen und Kollegen organisiert und beide Gruppen arbeiteten eng miteinander. Zusammen haben wir erreicht, dass der DGB Berlin zu dieser Thematik bundesweit erstmalig unterstützende Beschlüsse gefasst hat. In den folgenden Jahren ist durch viele Diskussionen erreicht worden, dass es heute eine Selbstverständlichkeit ist, dass der DGB und alle Gewerkschaften sich gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz wegen der sexuellen Orientierung einsetzen und für eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung eintreten.

Welche Erfolge habt ihr im Rückblick auf 40 Jahre heute erreicht?

**Detlef Mücke:** Durch die Zusammenarbeit mit anderen LSBT-Gruppen in der GEW in anderen Bundesländern und mit der LSBT-Community, wie z. B. den LSBT-Gruppen in den Parteien, dem LSVD, den Aufklärungsprojekten in Schulen etc. gibt es in vielen Bundesländern „Aktionspläne für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“. Aber gerade im Bildungsbereich liegen immer noch viele Aufgaben vor uns. Es gibt ja auch immer noch Widerstände, wie die Diskussion in Baden-Württemberg zeigt. •

Das Interview führte Matthias Schlenzka.

## Impressum

**Herausgeber:**

LSBT Arbeitskreis im  
DGB Berlin-Brandenburg

**Verantwortlich:**

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg  
Keithstraße 1+3, 10787 Berlin

**Texte und Redaktion:**

Carsten Bock, Martin Helbig,  
Detlef Mücke, Matthias Schlenzka

**Erscheinungstermin:** Juni 2014

**Fotos:**

Seite 1 DGB  
Seite 2 GEW-Berlin  
Seite 3 oben Landtag Brandenburg  
Seite 3 mitte gaybrandenburg.de  
Seite 4 Detlef Mücke

